

# Der große Geschichtsbrei

Das Konzept vom Totalitarismus ist zu einer Ideologie verkommen, die der Verharmlosung rechtsextremer Bewegungen dient

Von **Stephan Lehnstaedt** und **Kamil Majchrzak**

Im September 2019 hat das Europäische Parlament eine Resolution verabschiedet. Der Titel: „Die Bedeutung der europäischen Erinnerung für die Zukunft Europas“. Was zunächst harmlos und ehrenwert klingt, ist in Wirklichkeit hochproblematisch: Der Beschluss postuliert eine gemeinsame Leidensgeschichte des Kontinents unter nationalsozialistischer und kommunistischer Herrschaft, die mit dem Begriff des Totalitarismus gleichgesetzt werden. Eine Geschichtsgemeinschaft unter diesem Paradigma verzerrt jedoch die unterschiedlichen Erfahrungen der Verfolgung und Erinnerung an die deutsche Besatzungsherrschaft in Nord-, Ost-, Süd- und Westeuropa. Außerdem banalisiert sie die singulären deutschen Menschheitsverbrechen an den europäischen Juden sowie Sinti und Roma.

Dies gilt insbesondere für Gesellschaften, die den deutschen Antikommunismus teilten und mit dem deutschen Antisemitismus sympathisierten. Gerade das Ausblenden dieser unterschiedlichen Perspektiven zwischen Tätern und Opfern verhindert indes eine Erinnerung, die die historischen Gegebenheiten und deren heutige Relevanz differenziert beurteilt.

Das findet seine Entsprechung in der Gleichsetzung des Extremismus von rechts und von links, welcher die Mitte der Gesellschaft gleichermaßen von ihren Rändern bedrohe und womit zuletzt CDU und FDP in Thüringen ihr Wahlverhalten erklärten. Sie schreiben sich selbst eine erfolgreiche Aufarbeitung der Vergangenheit zu, die sie anderen Akteuren nicht zubilligen: Eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei sei wegen der Verbrechen des Kommunismus unmöglich, nicht weil diese Partei aktuell extremistisch wäre. Die Geschichte – in vulgärpopulistischer Sicht – wird damit zum Maßstab heutiger politischer Redlichkeit.

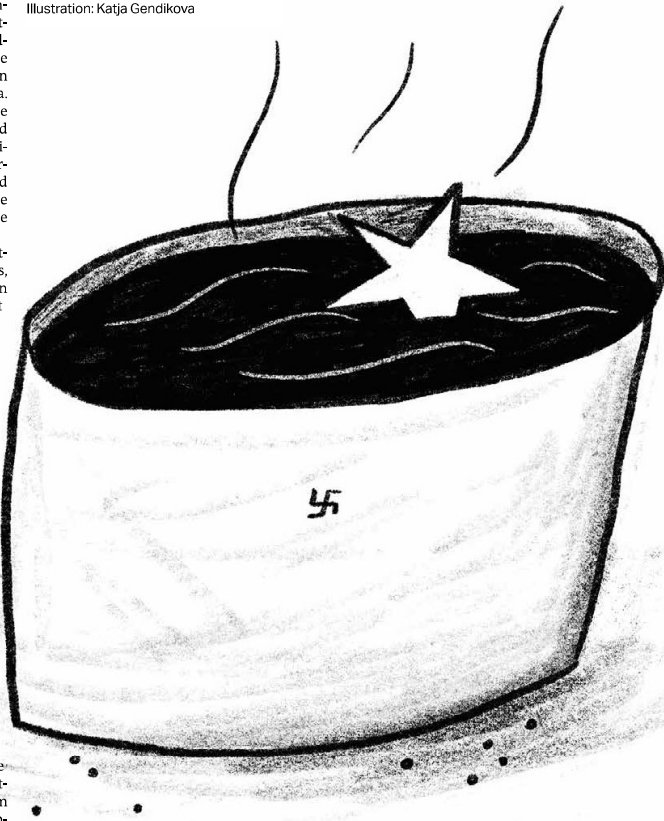
Mit der doppelten Verdammung der Vergangenheit einher geht die Verharmlosung heutiger rechter Bewegungen sowie rassistischer und antisemitischer Straftaten: Die Statistik zählt allein für Deutschland 2018 annähernd 20.000 rechtsextremistisch motivierte Delikte, denen weniger als 5.000 aus dem linken Spektrum gegenüberstehen. Der Mord an Walter Lübcke, das Attentat von Halle, das Massaker von Hanau und die unvollständige Aufklärung des NSU-Komplexes zeigen die Qualität des seit Jahrzehnten verharmlosten rechten Gewaltpotenzials, das in ganz Europa eine Bedrohung für die Demokratie darstellt.

Die aktuelle Initiative für eine europäische Geschichtsgemeinschaft kommt zwar aus Ostmitteleuropa und war ursprünglich nicht vom Gedanken einer Relativierung des Nationalsozialismus getragen. Paradoxiertweise knüpft sie jedoch nahtlos an bundesdeutsche Deutungsangebote an, die aus den Leerstellen der lange verweigerten Verantwortung für die deutschen Verbrechen erwachsen sind. Die Wurzeln dieses politischen Vorstoßes liegen in der Dissidentenbewegung des Kalten Krieges, die mit den kommunistischen Machthabern auch einen Kampf um die Vergangenheit austrug. Indem sie die stalinistischen Verbrechen thematisierte, delegitierte sie die realsozialistischen Regime des Ostblocks; zugleich wurde die eigene Stellung gestärkt, weil man die „Wahrheit“ aussprach und für sie stand.

Und so wie die osteuropäischen Regierungschefs in eine Linie mit Hitler rückten, erhöhte sich zugleich der eigene Opferstatus, weil er scheinbar in der Kontinuität der Judenverfolgung stand. Außerdem unterblieb eine differenzierte Betrachtung auch des eigenen Handelns unter deutscher Besatzung.

Damals war das auch ein Angebot an den Westen, ein Anknüpfen an den dortigen Holocaust-Diskurs – und wurde in konservativen Kreisen etwa der CDU unter Helmut Kohl bereitwillig als Argument gegen Kommunisten und Linke aufgegriffen. So konnte sich die Bundesrepublik diskursiv zum Meister der Geschichtsaufarbeitung wandeln, trotz einer Jahrzehnte andauernden Verweigerungshaltung gegenüber Entschuldigungen, etwa für ZwangsarbeiterInnen, oder auch nur der

Illustration: Katja Gendikova



Anerkenntnis von Unrecht, etwa bei der Verfolgung von Sinti und Roma, von Homosexuellen oder sogenannten Asozialen. Dank dieser brüchigen „Bewältigung“ war zuletzt in Thüringen ganz machtpragmatisch eine Wahl mit Stimmen der AfD möglich – schließlich stünde außer Frage, dass man selbst keinerlei Sympathien für den Nationalsozialismus habe.

Jenseits der aktuellen deutschen Perspektive schienen die großen Deutungsschlachten über die Vergangenheit mit dem Fall des Eisernen Vorhangs geschlagen. Aber im 21. Jahrhundert kommt es zur Rückkehr der Geschichte: Die Regierungen der östlichen EU-Mitgliedsländer legitimieren mit dem Totalitarismus ihre Politik, untermauern Forderungen durch den Hinweis auf die doppelte Opferrolle erst unter dem Nationalsozialismus, dann unter dem Kommunismus.

Auch innenpolitisch funktioniert dieses Narrativ vom Aussprechen einer unbequemen Wahrheit, deren Aufarbeitung die Linken lange vernachlässigt habe, als nationalistische Mobilisierungsstrategie: weil es ein Aufstehen gegen den dominanten Westen und dessen angebliche Fixierung auf den Holocaust impliziert. Es ist eine Diskurstaktik, die auch rechtspopulistische Bewegungen pflegen: Man geriert sich als Kämpfer gegen eine vorgebliche politische Korrektheit und einen linken

Das nimmt Geschichtsfälschungen billigend in Kauf, etwa wenn der Zweite Weltkrieg zu einer Folge des Hitler-Stalin-Pakts erklärt wird, ohne deutlich zu machen, dass Hitlers Kriegsabsichten davon nun wirklich nicht abhingen und die in Deutschland staatlich organisierte rassistische Verfolgung bereits vor dem Überfall auf Polen begonnen hatte. Und mehr noch, der Angriff auf die Sowjetunion durch NS-Deutschland gemeinsam mit den faschistischen Verbündeten aus Italien, der Slowakei, Rumänien, Ungarn sowie aus Finnland wird so zur Verteidigung gegen die kommunistische Gefahr umgedeutet und führt teilweise zur Rehabilitierung oder zumindest Verklärung der „Judenjagd“ als antikommunistischen Widerstand. Doch genauso wie die Kollaboration der besetzten osteuropäischen Länder geschah er im Namen von Nationalismus und Rassenhass – und war der blutigste Vernichtungskrieg der Geschichte. Von den über 60 Millionen zivilen und militärischen Toten der Jahre 1939 bis 1945 starben weniger als 2 Prozent in Konsequenz sowjetischer Aggression.

Eine europäische Erinnerung, insbesondere wenn sie über die Grenzen der Europäischen Union hinausreichen soll, muss natürlich auch der annähernd 20 Millionen Opfer des Stalinismus – davon über 90 Prozent in der Sowjetunion – gedenken. Und selbstverständlich müssen die kommunistischen Diktaturen der Nachkriegszeit erinnert werden. Aber es ist eine Verhöhung der Opfer und eine erinnerungspolitische Katastrophe. Hitler und Honnecker, Stalin und Mussoolini oder Franco und Gierек unterschiedslos unter dem Rubrum „Totalitarismus“ zu betrachten. Denn bei allen Schrecken: Hohenschönhausen war nicht Auschwitz.

Totalitarismus ist ein wissenschaftliches Konzept, das nicht zuletzt auf Hannah Arendt zurückgeht. Heute ist es zu einer Ideologie verkommen, die statt trennscharfer Analysen nur noch der Legitimation nationalistischer Sichtweisen dient. Die damit einhergehende Geschichtsfälschung relativiert Holocaust und Vernichtungskrieg und führt in letzter Konsequenz zu einer Verharmlosung rechtsextremer Bewegungen. Nicht nur die Geschichte, auch die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass das hochproblematisch ist und der Aufarbeitung beider Komplexe nicht gerecht wird. Das ehrenwerte Anliegen, aller Opfer zu gedenken, wird missbraucht – dabei ist heute wichtiger denn je, was einst der Buchenwald-Häftling Dietrich Bonhoeffer formulierte: „nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen“.



**Stephan Lehnstaedt** ist Professor für Holocaust-Studien am Touro College Berlin.



**Kamil Majchrzak** ist Vorstandsmitglied des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos (IKBD).

## Bonbonhüllen

nen für morgen und übermorgen, in den Beteuerungen, die sie an ihre Eltern in den Telefonaten richteten, wenn diese sich wiederum erkundigten, dass doch alles in Ordnung sei und dass sie sich keine Sorgen machen müssten.

Jeder Besuch brachte neue Dazlak-Geschichten ins Haus. Kamen wir ins Zimmer, wurde das Gespräch abgebrochen. Wir Kinder sollten nicht mit ihrer Angst belastet werden. Meine erste Demo war eine Demo auf dem Kudamm gegen die Anschläge in Solingen. Meine Mutter begleitete mich. Einfach weil sie nicht wollte, dass ich da alleine hinging. Vermutlich schwiegen wir, als wir dort mitliefen.

Tag fünf nach Hanau.  
„Merhaba.“

„Merhaba.“  
„Bir paket sigara verir misiniz? Evet, yesil paket.“  
Der Kioskverkäufer reicht mir die Schachtel Zigaretten.  
„Yedi Euro.“

Sollte ich fragen, wie es ihm geht? Nach Hanau? Was würde er antworten? Ich traue mich nicht, da es womöglich ein journalistisches Fragen wäre.

Auf viele Nachrichten von Freunden, Bekannten, Kolleginnen, die mich in den letzten Tagen fragen, wie es mir geht, habe ich kaum geantwortet. Das hat eine neue Dimension, dass wir uns gegenseitig abklopfen. Emotionen zulassen, wenn welche da sind. Meine Emotionen sind zu Hause geblieben heute, ich muss arbeiten. Der Kioskbe-

## Simit-Café

sitzer wartet darauf, dass ich meine Geldbörse einpacke, und nickt mir freundlich zu.

Ich verlasse den Kiosk. Ich wünschte, es gäbe diese alten Bonbonautomaten, wo man zehn Pfennig oben reinfriemelt, einmal dreht – und schon kommen unten Bonbonhüllen mit passenden Worten für Trost oder für einen Wutanfall heraus. Leider gibt es solche Automaten nicht.

Hanau wird jetzt als Zäsur beschrieben. Waren nicht die NSU-Morde auch eine Zäsur? Oder die mehrmalige Aufdeckung von rechten Netzwerken? Gibt es einen Plural von Zäsur? Und wenn ja, warum?

Tag neun nach Hanau.  
„33 asker şehit yahu!“  
Zwei Männer stehen vor dem Simit-Café und

unterhalten sich beim Rauchen über die toten Soldaten, die der türkischen Armee angehörten und nun bei einem Angriff der russischen Luftwaffe in Idlib in Syrien getötet wurden. Ich gucke auf Twitter, was los ist. Die Ereignisse haben sich in der Nacht überschlagen. Tausende von geflüchteten Menschen machen sich seit heute Nacht an die türkisch-bulgarische Grenze auf, weil die türkische Regierung ein 72-Stunden-Fenster aufmachte und verkündete, dass keine Grenzkontrollen auf türkischer Seite stattfinden würden.

Das Simit-Café ist gut besucht, was mich wundert. Der Alltag ist zurückgekehrt. Oder vielleicht ist es auch nur die Simulation des Alltags, die vor dem Schweigen schützt.

Nächste Woche **Johanna Roth**

